



# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

79. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. April 2025

Nummer 23

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
301	16.04.2024	Verordnung zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften für den Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten nach dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen im Land Nordrhein-Westfalen (eAkten-Verordnung Rechtshilfe nach dem IRG – eAktVO RHSt) .....	404
301	17.04.2025	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der eAkten-Einführungszeitpunktverordnung Straf- und Bußgeldverfahren.....	410
320	14.04.2025	Achte Verordnung zur Änderung der eAkten-Verordnung Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	419
	15.04.2025	Bekanntmachung 19. Änderung des Regionalplans Düsseldorf .....	421

## Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter des Landes NRW (GV. NRW.) und die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Ministerialblätter für das Land NRW (MBL. NRW.) und die Sammlung der in Teil I des MBL. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW (<https://lv.recht.nrw.de>) und im Internet (<https://recht.nrw.de>) zur Verfügung.

301

**Verordnung  
zur elektronischen Aktenführung  
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften  
für den Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland  
in strafrechtlichen Angelegenheiten nach dem  
Gesetz über die internationale Rechtshilfe in  
Strafsachen im Land Nordrhein-Westfalen  
(eAkten-Verordnung Rechtshilfe  
nach dem IRG – eAktVO RHSt)**

Vom 16. April 2025

Auf Grund des § 77b Absatz 1 Nummer 3 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1537), das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. I Nr. 234) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 2010 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1207) geändert worden ist, verordnet das Ministerium der Justiz:

**§ 1**

**Anordnung der elektronischen Aktenführung**

(1) Bei den in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Gerichten und Staatsanwaltschaften werden die Akten in den durch Allgemeine Verfügung im Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machenden Verfahren ab dem dort genannten Zeitpunkt elektronisch geführt. Akten, die ab dem in der Allgemeinen Verfügung nach Satz 1 angegebenen Datum neu angelegt werden, werden im Ganzen elektronisch geführt. Akten, die zum angegebenen Datum bereits in Papierform angelegt sind, werden im Ganzen in Papierform geführt.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 3 werden in der Rechtsmittelinstanz die in der Vorinstanz in Papierform angelegten Akten elektronisch weitergeführt. Nach Rücksendung der Akten erfolgt die Aktenführung in der Vorinstanz unverändert nach Maßgabe des Absatzes 1. Sind aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift zwei Dokumente untrennbar miteinander zu verbinden, hat die Verbindung in Papierform zu erfolgen, wenn nicht beide Dokumente Teil der elektronischen Akte sind.

**§ 2**

**Bildung elektronischer Akten**

(1) Elektronische Dokumente sowie in Papierform beibehaltene Schriftstücke und sonstige Unterlagen, die dieselbe Angelegenheit betreffen, sind zu Akten zu vereinigen.

(2) Enthält eine elektronisch geführte Akte gemäß § 4 Absatz 1 sowohl elektronische als auch in Papierform beibehaltene Bestandteile, so muss beim Zugriff auf jeden der Teile ein Hinweis auf den jeweils anderen Teil enthalten sein.

(3) Elektronisch geführte Akten sind so zu strukturieren, dass sie die interne Bearbeitung sowie den Aktenaustausch unterstützen.

**§ 3**

**Struktur und Format elektronischer Akten, Repräsentat**

(1) In der elektronischen Akte werden zur Akte gebrachte elektronische Dokumente einschließlich zugehöriger Signaturdateien sowie sonstige zur Akte gebrachte Dateien und Informationen gespeichert. Elektronische Empfangsbekanntnisse werden als Datensätze in der elektronischen Akte gespeichert.

(2) Die nach Absatz 1 in der elektronischen Akte gespeicherten Inhalte müssen jederzeit zusätzlich als elektronische Dokumente im Format PDF/A wiedergegeben werden können; diese Dokumente bilden das Repräsentat. Das Repräsentat muss den gesamten zur Akte gebrachten Inhalt mit Ausnahme der nur für die Datenverarbeitung notwendigen Struktur-, Definitions-

und Schemadateien wiedergeben. Soweit die Wiedergabe eines Inhalts technisch nicht möglich ist, ist ein entsprechender Hinweis in das Repräsentat aufzunehmen. An die Stelle von Signaturdateien treten im Repräsentat Vermerke über das Ergebnis der Signaturprüfung. Das Repräsentat muss druckbar, kopierbar und, soweit technisch möglich, durchsuchbar sein. Die Seiten des Repräsentats sind so zu nummerieren, dass sie eindeutig zitiert werden können.

(3) Bei der elektronischen Aktenführung sind alle Daten vorzuhalten, die erforderlich sind, um den für die Übermittlung von elektronischen Akten vorgesehenen strukturierten maschinenlesbaren Datensatz im Dateiformat XML gemäß der Bekanntmachung nach § 6 der Strafaktenübermittlungsverordnung vom 14. April 2020 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung zu erzeugen und die Bearbeitung zu unterstützen.

**§ 4**

**Übertragung von Papierdokumenten**

(1) Schriftstücke und sonstige Unterlagen, die zu einer elektronisch geführten Akte in Papierform eingereicht werden, sind in die elektronische Form zu übertragen. Ausgenommen sind Schriftstücke und sonstige Unterlagen, deren Übertragung wegen ihres Umfangs oder ihrer sonstigen Beschaffenheit unverhältnismäßig wäre, sowie in Papierform geführte Akten anderer Instanzen und Beiakten.

(2) Es ist sicherzustellen, dass das elektronische Dokument mit den vorliegenden Schriftstücken und sonstigen Unterlagen bildlich und inhaltlich übereinstimmt. Die Übertragung hat nach dem Stand der Technik zu erfolgen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn den Anforderungen der Technischen Richtlinie 03138 Ersetzendes Scannen (RESISCAN) des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik in der jeweils aktuellen Fassung, welche auf der Internetseite des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik veröffentlicht ist, genügt wird. Eingescannte Leerseiten werden nicht gespeichert.

(3) Die in Papierform vorliegenden, in die elektronische Form übertragenen Schriftstücke und sonstigen Unterlagen können sechs Monate nach der Übertragung vernichtet werden, sofern für sie keine Rückgabepflichtung besteht. Geltende Aufbewahrungspflichten nach anderweitigen Vorschriften bleiben von Satz 1 unberührt.

**§ 5**

**Bearbeitung der elektronischen Akten**

(1) Elektronische Dokumente sowie sonstige Dateien und Informationen gelten als zur Akte genommen, wenn sie bewusst und dauerhaft in der elektronischen Akte gespeichert worden sind.

(2) Es ist sicherzustellen, dass in der elektronischen Akte alle Bearbeitungsvorgänge nachvollzogen werden können. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass nachvollzogen werden kann, welche Stelle die Akte zu welchem Zeitpunkt bearbeitet hat.

(3) Es ist sicherzustellen, dass die elektronische Akte nur von der jeweils lese- und schreibberechtigten Stelle eingesehen und bearbeitet werden kann. Dies gilt auch, wenn die Lese- und Schreibrechte nur teilweise auf eine andere Stelle übergehen.

**§ 6**

**Führung und Aufbewahrung elektronischer Akten**

Die elektronische Akte ist mit einem elektronischen Datenverarbeitungssystem nach dem Stand der Technik zu führen und aufzubewahren, das insbesondere gewährleistet, dass

1. die elektronische Akte benutzbar, lesbar und auffindbar ist (Verfügbarkeit),
2. die Funktionen der elektronischen Akte nur genutzt werden können, wenn sich die Benutzerin oder der Benutzer dem System gegenüber identifiziert und authentisiert (Identifikation und Authentisierung),

3. die eingeräumten Benutzungsrechte im System verwaltet werden (Berechtigungsverwaltung),
4. die eingeräumten Benutzungsrechte vom System geprüft werden (Berechtigungsprüfung),
5. die Vornahme von Veränderungen und Ergänzungen der elektronischen Akte im System protokolliert wird (Beweissicherung),
6. eingesetzte Datensicherungssysteme ohne Sicherheitsrisiken wiederhergestellt werden können (Wiederherstellung),
7. etwaige Verfälschungen der gespeicherten Daten durch Fehlfunktionen des Systems durch geeignete technische Prüfmechanismen rechtzeitig bemerkt werden können (Unverfälschtheit),
8. die Funktionen des Systems fehlerfrei ablaufen und auftretende Fehlfunktionen unverzüglich gemeldet werden (Verlässlichkeit) und
9. der Austausch von Daten im System und bei Einsatz öffentlicher Netze sicher erfolgen kann (Übertragungssicherheit).

## § 7

### **Barrierefreiheit**

Elektronische Akten und Verfahren zur elektronischen Aktenführung und -bearbeitung sollen technisch so gestaltet werden, dass sie, soweit technisch möglich, barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Hierzu sollen die Anforderungen an die Barrierefreiheit im Sinne der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung vom 12. September 2011 (BGBl. I S. 1843) in der jeweils geltenden Fassung bereits bei der Planung, Entwicklung, Ausschreibung und Beschaffung beachtet werden.

## § 8

### **Ersatzmaßnahmen**

Im Fall technischer Störungen der elektronischen Aktenführung kann die Gerichts- beziehungsweise Behördenleitung des von der Störung betroffenen Gerichts oder der von der Störung betroffenen Staatsanwaltschaft anordnen, dass eine Ersatzakte in Papierform geführt wird. Diese ist in die elektronische Form zu übertragen, sobald die Störung behoben ist. Art und Dauer der Störung sind zu dokumentieren. Bei anhaltenden technischen Störungen ist das für die Justiz zuständige Ministerium zu unterrichten.

## § 9

### **Geltung der Aktenordnungen**

Im Übrigen bleiben die Aktenordnungen unberührt.

## § 10

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die eAkten-Verordnung Auslieferungssachen nach dem IRG vom 7. Februar 2025 (GV. NRW. S. 172) außer Kraft.

Düsseldorf, den 16. April 2025

Der Minister der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Benjamin L i m b a c h

**Anlage**

Gericht/Staatsanwaltschaft
Staatsanwaltschaft Aachen
Staatsanwaltschaft Arnsberg
Staatsanwaltschaft Bielefeld
Staatsanwaltschaft Bochum
Staatsanwaltschaft Bonn
Staatsanwaltschaft Detmold
Staatsanwaltschaft Dortmund
Staatsanwaltschaft Duisburg
Staatsanwaltschaft Düsseldorf
Staatsanwaltschaft Essen
Staatsanwaltschaft Hagen
Staatsanwaltschaft Kleve
Staatsanwaltschaft Köln
Staatsanwaltschaft Krefeld
Staatsanwaltschaft Mönchengladbach
Staatsanwaltschaft Münster
Staatsanwaltschaft Paderborn
Staatsanwaltschaft Siegen
Staatsanwaltschaft Wuppertal
Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Generalstaatsanwaltschaft Hamm
Generalstaatsanwaltschaft Köln
Amtsgericht Aachen
Amtsgericht Ahaus
Amtsgericht Ahlen
Amtsgericht Altena
Amtsgericht Arnsberg
Amtsgericht Bad Berleburg
Amtsgericht Bad Oeynhausen
Amtsgericht Bergisch Gladbach
Amtsgericht Bergheim
Amtsgericht Beckum
Amtsgericht Bielefeld
Amtsgericht Blomberg
Amtsgericht Bocholt
Amtsgericht Bochum
Amtsgericht Bonn
Amtsgericht Borken
Amtsgericht Bottrop
Amtsgericht Brakel
Amtsgericht Brilon
Amtsgericht Brühl
Amtsgericht Bünde
Amtsgericht Castrop-Rauxel
Amtsgericht Coesfeld
Amtsgericht Delbrück
Amtsgericht Detmold
Amtsgericht Dinslaken

Amtsgericht Dorsten
Amtsgericht Dortmund
Amtsgericht Dülmen
Amtsgericht Duisburg
Amtsgericht Duisburg-Hamborn
Amtsgericht Duisburg-Ruhrort
Amtsgericht Düren
Amtsgericht Düsseldorf
Amtsgericht Emmerich
Amtsgericht Eschweiler
Amtsgericht Essen
Amtsgericht Essen-Borbeck
Amtsgericht Essen-Steele
Amtsgericht Erkelenz
Amtsgericht Euskirchen
Amtsgericht Geilenkirchen
Amtsgericht Geldern
Amtsgericht Gelsenkirchen
Amtsgericht Gladbeck
Amtsgericht Grevenbroich
Amtsgericht Gronau
Amtsgericht Gütersloh
Amtsgericht Gummersbach
Amtsgericht Hagen
Amtsgericht Halle
Amtsgericht Hamm
Amtsgericht Hattingen
Amtsgericht Heinsberg
Amtsgericht Herford
Amtsgericht Herne
Amtsgericht Herne-Wanne
Amtsgericht Höxter
Amtsgericht Ibbenbüren
Amtsgericht Iserlohn
Amtsgericht Jülich
Amtsgericht Kamen
Amtsgericht Kempen
Amtsgericht Kerpen
Amtsgericht Kleve
Amtsgericht Köln
Amtsgericht Königswinter
Amtsgericht Krefeld
Amtsgericht Langenfeld
Amtsgericht Lemgo
Amtsgericht Lennestadt
Amtsgericht Leverkusen
Amtsgericht Lippstadt
Amtsgericht Lübbecke
Amtsgericht Lüdenscheid
Amtsgericht Lüdinghausen
Amtsgericht Lünen

Amtsgericht Marl
Amtsgericht Marsberg
Amtsgericht Medebach
Amtsgericht Meinerzhagen
Amtsgericht Menden
Amtsgericht Meschede
Amtsgericht Mettmann
Amtsgericht Minden
Amtsgericht Moers
Amtsgericht Monschau
Amtsgericht Mönchengladbach
Amtsgericht Mönchengladbach- Rheydt
Amtsgericht Mülheim an der Ruhr
Amtsgericht Münster
Amtsgericht Nettetal
Amtsgericht Neuss
Amtsgericht Oberhausen
Amtsgericht Olpe
Amtsgericht Paderborn
Amtsgericht Plettenberg
Amtsgericht Rahden
Amtsgericht Ratingen
Amtsgericht Recklinghausen
Amtsgericht Remscheid
Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück
Amtsgericht Rheinbach
Amtsgericht Rheinberg
Amtsgericht Rheine
Amtsgericht Schleiden
Amtsgericht Schmallenberg
Amtsgericht Schwelm
Amtsgericht Schwerte
Amtsgericht Siegburg
Amtsgericht Siegen
Amtsgericht Soest
Amtsgericht Solingen
Amtsgericht Steinfurt
Amtsgericht Tecklenburg
Amtsgericht Unna
Amtsgericht Velbert
Amtsgericht Viersen
Amtsgericht Waldbröl
Amtsgericht Warburg
Amtsgericht Warendorf
Amtsgericht Warstein
Amtsgericht Werl
Amtsgericht Wermelskirchen
Amtsgericht Wesel
Amtsgericht Wetter
Amtsgericht Wipperfürth

Amtsgericht Witten
Amtsgericht Wuppertal
Landgericht Aachen
Landgericht Bielefeld
Landgericht Bochum
Landgericht Bonn
Landgericht Detmold
Landgericht Dortmund
Landgericht Duisburg
Landgericht Düsseldorf
Landgericht Essen
Landgericht Kleve
Landgericht Köln
Landgericht Krefeld
Landgericht Mönchengladbach
Landgericht Münster
Landgericht Paderborn
Landgericht Siegen
Landgericht Wuppertal
Oberlandesgericht Düsseldorf
Oberlandesgericht Hamm
Oberlandesgericht Köln

**301****Dreizehnte Verordnung zur Änderung  
der eAkten-Einführungszeitpunktverordnung  
Straf- und Bußgeldverfahren****Vom 17. April 2025**

Auf Grund des § 32 Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 1, Satz 2 und Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 der Strafprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 351) geändert worden ist, sowie auf Grund des § 110a Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 1 und Satz 2 und Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) geändert worden ist, jeweils in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Ministeriums der Justiz zum Erlass von Rechtsverordnungen zur elektronischen Aktenführung in Ordnungswidrigkeitsverfahren, Strafverfahren und Strafvollzugsverfahren vom 10. März 2020 (GV. NRW. S. 182) und mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des für Justiz zuständigen Ministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen zur elektronischen Aktenführung vom 14. Januar 2025 (GV. NRW. S. 103), verordnet das Ministerium der Justiz:

**Artikel 1**

In der eAkten-Einführungszeitpunktverordnung Straf- und Bußgeldverfahren vom 3. Juli 2023 (GV. NRW. S. 486), die zuletzt durch Verordnung vom 27. März 2025 (GV. NRW. S. 342) geändert worden ist, erhalten die Anlagen 1 und 2 die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 17. April 2025

Der Minister der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Dr. Benjamin L i m b a c h

**Anlage 1**  
**(zu § 1 Absatz 1 Satz 1)**

<b>Gericht/Staatsanwaltschaft</b>
Staatsanwaltschaft Aachen
Staatsanwaltschaft Arnsberg
Staatsanwaltschaft Bielefeld
Staatsanwaltschaft Bochum
Staatsanwaltschaft Bonn
Staatsanwaltschaft Detmold
Staatsanwaltschaft Dortmund
Staatsanwaltschaft Duisburg
Staatsanwaltschaft Düsseldorf
Staatsanwaltschaft Essen
Staatsanwaltschaft Hagen
Staatsanwaltschaft Kleve
Staatsanwaltschaft Köln
Staatsanwaltschaft Krefeld
Staatsanwaltschaft Mönchengladbach
Staatsanwaltschaft Münster
Staatsanwaltschaft Paderborn
Staatsanwaltschaft Siegen
Staatsanwaltschaft Wuppertal
Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Generalstaatsanwaltschaft Hamm
Generalstaatsanwaltschaft Köln
Amtsgericht Aachen
Amtsgericht Ahaus
Amtsgericht Ahlen
Amtsgericht Altena
Amtsgericht Arnsberg
Amtsgericht Bad Berleburg
Amtsgericht Bad Oeynhausen
Amtsgericht Bergisch Gladbach
Amtsgericht Bergheim
Amtsgericht Beckum
Amtsgericht Bielefeld
Amtsgericht Blomberg
Amtsgericht Bocholt
Amtsgericht Bochum
Amtsgericht Bonn
Amtsgericht Borchen
Amtsgericht Bottrop
Amtsgericht Brakel
Amtsgericht Brilon
Amtsgericht Brühl
Amtsgericht Bünde
Amtsgericht Castrop-Rauxel
Amtsgericht Coesfeld
Amtsgericht Delbrück
Amtsgericht Detmold

Amtsgericht Dinslaken
Amtsgericht Dorsten
Amtsgericht Dortmund
Amtsgericht Dülmen
Amtsgericht Duisburg
Amtsgericht Duisburg-Hamborn
Amtsgericht Duisburg-Ruhrort
Amtsgericht Düren
Amtsgericht Düsseldorf
Amtsgericht Emmerich
Amtsgericht Eschweiler
Amtsgericht Essen
Amtsgericht Essen-Borbeck
Amtsgericht Essen-Steele
Amtsgericht Erkelenz
Amtsgericht Euskirchen
Amtsgericht Geilenkirchen
Amtsgericht Geldern
Amtsgericht Gelsenkirchen
Amtsgericht Gladbeck
Amtsgericht Grevenbroich
Amtsgericht Gronau
Amtsgericht Gütersloh
Amtsgericht Gummersbach
Amtsgericht Hagen
Amtsgericht Halle
Amtsgericht Hamm
Amtsgericht Hattingen
Amtsgericht Heinsberg
Amtsgericht Herford
Amtsgericht Herne
Amtsgericht Herne-Wanne
Amtsgericht Höxter
Amtsgericht Ibbenbüren
Amtsgericht Iserlohn
Amtsgericht Jülich
Amtsgericht Kamen
Amtsgericht Kempen
Amtsgericht Kerpen
Amtsgericht Kleve
Amtsgericht Köln
Amtsgericht Königswinter
Amtsgericht Krefeld
Amtsgericht Langenfeld
Amtsgericht Lemgo
Amtsgericht Lennestadt
Amtsgericht Leverkusen
Amtsgericht Lippstadt
Amtsgericht Lübbecke
Amtsgericht Lüdenscheid
Amtsgericht Lüdinghausen

Amtsgericht Lünen
Amtsgericht Marl
Amtsgericht Marsberg
Amtsgericht Medebach
Amtsgericht Meinerzhagen
Amtsgericht Menden
Amtsgericht Meschede
Amtsgericht Mettmann
Amtsgericht Minden
Amtsgericht Moers
Amtsgericht Monschau
Amtsgericht Mönchengladbach
Amtsgericht Mönchengladbach- Rheydt
Amtsgericht Mülheim an der Ruhr
Amtsgericht Münster
Amtsgericht Nettetal
Amtsgericht Neuss
Amtsgericht Oberhausen
Amtsgericht Olpe
Amtsgericht Paderborn
Amtsgericht Plettenberg
Amtsgericht Rahden
Amtsgericht Ratingen
Amtsgericht Recklinghausen
Amtsgericht Remscheid
Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück
Amtsgericht Rheinbach
Amtsgericht Rheinberg
Amtsgericht Rheine
Amtsgericht Schleiden
Amtsgericht Schmallerberg
Amtsgericht Schwelm
Amtsgericht Schwerte
Amtsgericht Siegburg
Amtsgericht Siegen
Amtsgericht Soest
Amtsgericht Solingen
Amtsgericht Steinfurt
Amtsgericht Tecklenburg
Amtsgericht Unna
Amtsgericht Velbert
Amtsgericht Viersen
Amtsgericht Waldbröl
Amtsgericht Warburg
Amtsgericht Warendorf
Amtsgericht Warstein
Amtsgericht Werl
Amtsgericht Wermelskirchen
Amtsgericht Wesel
Amtsgericht Wetter

Amtsgericht Wipperfürth
Amtsgericht Witten
Amtsgericht Wuppertal
Landgericht Aachen
Landgericht Bielefeld
Landgericht Bochum
Landgericht Bonn
Landgericht Detmold
Landgericht Dortmund
Landgericht Duisburg
Landgericht Düsseldorf
Landgericht Essen
Landgericht Kleve
Landgericht Köln
Landgericht Krefeld
Landgericht Mönchengladbach
Landgericht Münster
Landgericht Paderborn
Landgericht Siegen
Landgericht Wuppertal
Oberlandesgericht Düsseldorf
Oberlandesgericht Hamm
Oberlandesgericht Köln
Anwaltsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen

**Anlage 2**  
**(zu § 1 Absatz 1 Satz 5)**

<b>Gericht/Staatsanwaltschaft</b>
Staatsanwaltschaft Aachen
Staatsanwaltschaft Arnberg
Staatsanwaltschaft Bielefeld
Staatsanwaltschaft Bochum
Staatsanwaltschaft Bonn
Staatsanwaltschaft Detmold
Staatsanwaltschaft Dortmund
Staatsanwaltschaft Duisburg
Staatsanwaltschaft Düsseldorf
Staatsanwaltschaft Essen
Staatsanwaltschaft Hagen
Staatsanwaltschaft Kleve
Staatsanwaltschaft Köln
Staatsanwaltschaft Krefeld
Staatsanwaltschaft Mönchengladbach
Staatsanwaltschaft Münster
Staatsanwaltschaft Paderborn
Staatsanwaltschaft Siegen
Staatsanwaltschaft Wuppertal
Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Generalstaatsanwaltschaft Hamm
Generalstaatsanwaltschaft Köln
Amtsgericht Aachen
Amtsgericht Ahaus
Amtsgericht Ahlen
Amtsgericht Altena
Amtsgericht Arnberg
Amtsgericht Bad Berleburg
Amtsgericht Bad Oeynhausen
Amtsgericht Bergisch Gladbach
Amtsgericht Bergheim
Amtsgericht Beckum
Amtsgericht Bielefeld
Amtsgericht Blomberg
Amtsgericht Bocholt
Amtsgericht Bochum
Amtsgericht Bonn
Amtsgericht Borchen
Amtsgericht Bottrop
Amtsgericht Brakel
Amtsgericht Brilon
Amtsgericht Brühl
Amtsgericht Bünde
Amtsgericht Castrop-Rauxel
Amtsgericht Coesfeld
Amtsgericht Delbrück
Amtsgericht Detmold

Amtsgericht Dinslaken
Amtsgericht Dorsten
Amtsgericht Dortmund
Amtsgericht Dülmen
Amtsgericht Duisburg
Amtsgericht Duisburg-Hamborn
Amtsgericht Duisburg-Ruhrort
Amtsgericht Düren
Amtsgericht Düsseldorf
Amtsgericht Emmerich
Amtsgericht Eschweiler
Amtsgericht Essen
Amtsgericht Essen-Borbeck
Amtsgericht Essen-Steele
Amtsgericht Erkelenz
Amtsgericht Euskirchen
Amtsgericht Geilenkirchen
Amtsgericht Geldern
Amtsgericht Gelsenkirchen
Amtsgericht Gladbeck
Amtsgericht Grevenbroich
Amtsgericht Gronau
Amtsgericht Gütersloh
Amtsgericht Gummersbach
Amtsgericht Hagen
Amtsgericht Halle
Amtsgericht Hamm
Amtsgericht Hattingen
Amtsgericht Heinsberg
Amtsgericht Herford
Amtsgericht Herne
Amtsgericht Herne-Wanne
Amtsgericht Höxter
Amtsgericht Ibbenbüren
Amtsgericht Iserlohn
Amtsgericht Jülich
Amtsgericht Kamen
Amtsgericht Kempen
Amtsgericht Kerpen
Amtsgericht Kleve
Amtsgericht Köln
Amtsgericht Königswinter
Amtsgericht Krefeld
Amtsgericht Langenfeld
Amtsgericht Lemgo
Amtsgericht Lennestadt
Amtsgericht Leverkusen
Amtsgericht Lippstadt
Amtsgericht Lübbecke
Amtsgericht Lüdenscheid
Amtsgericht Lüdinghausen

Amtsgericht Lünen
Amtsgericht Marl
Amtsgericht Marsberg
Amtsgericht Medebach
Amtsgericht Meinerzhagen
Amtsgericht Menden
Amtsgericht Meschede
Amtsgericht Mettmann
Amtsgericht Minden
Amtsgericht Moers
Amtsgericht Monschau
Amtsgericht Mönchengladbach
Amtsgericht Mönchengladbach- Rheydt
Amtsgericht Mülheim an der Ruhr
Amtsgericht Münster
Amtsgericht Nettetal
Amtsgericht Neuss
Amtsgericht Oberhausen
Amtsgericht Olpe
Amtsgericht Paderborn
Amtsgericht Plettenberg
Amtsgericht Rahden
Amtsgericht Ratingen
Amtsgericht Recklinghausen
Amtsgericht Remscheid
Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück
Amtsgericht Rheinbach
Amtsgericht Rheinberg
Amtsgericht Rheine
Amtsgericht Schleiden
Amtsgericht Schmallenberg
Amtsgericht Schwelm
Amtsgericht Schwerte
Amtsgericht Siegburg
Amtsgericht Siegen
Amtsgericht Soest
Amtsgericht Solingen
Amtsgericht Steinfurt
Amtsgericht Tecklenburg
Amtsgericht Unna
Amtsgericht Velbert
Amtsgericht Viersen
Amtsgericht Waldbröl
Amtsgericht Warburg
Amtsgericht Warendorf
Amtsgericht Warstein
Amtsgericht Werl
Amtsgericht Wermelskirchen
Amtsgericht Wesel
Amtsgericht Wetter

Amtsgericht Wipperfürth
Amtsgericht Witten
Amtsgericht Wuppertal
Landgericht Aachen
Landgericht Bielefeld
Landgericht Bochum
Landgericht Bonn
Landgericht Detmold
Landgericht Dortmund
Landgericht Duisburg
Landgericht Düsseldorf
Landgericht Essen
Landgericht Kleve
Landgericht Köln
Landgericht Krefeld
Landgericht Mönchengladbach
Landgericht Münster
Landgericht Paderborn
Landgericht Siegen
Landgericht Wuppertal
Oberlandesgericht Düsseldorf
Oberlandesgericht Hamm
Oberlandesgericht Köln
Anwaltsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen

320

**Achte Verordnung zur Änderung der eAkten-  
Verordnung Verwaltungsgerichtsbarkeit****Vom 14. April 2025**

Auf Grund des § 55b Absatz 1 Satz 2, 3, 4 und 5 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 328) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 2010 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1207) geändert worden ist, verordnet das Ministerium der Justiz:

**Artikel 1**

In der eAkten-Verordnung Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 9. März 2017 (GV. NRW. S. 343), die zuletzt durch Verordnung vom 13. März 2025 (GV. NRW. S. 304) geändert worden ist, erhält die Anlage die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2025 in Kraft.

Düsseldorf, den 14. April 2025

Der Minister der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Dr. Benjamin L i m b a c h

**Anlage**  
(zu § 1 Absatz 1 Satz 1)

- | Nr. | Gericht                                                 |
|-----|---------------------------------------------------------|
| 1.  | Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen |
| 2.  | Verwaltungsgericht Aachen                               |
| 3.  | Verwaltungsgericht Arnsberg                             |
| 4.  | Verwaltungsgericht Düsseldorf                           |
| 5.  | Verwaltungsgericht Gelsenkirchen                        |
| 6.  | Verwaltungsgericht Köln                                 |
| 7.  | Verwaltungsgericht Minden                               |
| 8.  | Verwaltungsgericht Münster                              |
| 9.  | Oberlandesgericht Köln                                  |
| 10. | Anwaltsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen       |

## **Bekanntmachung 19. Änderung des Regionalplans Düsseldorf**

**Vom 15. April 2025**

Der Regionalrat Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2024 die 19. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) festgestellt.

Diese Änderung hat mir die zuständige Regionalplanungsbehörde Düsseldorf mit Bericht vom 3. Januar 2025 – Aktenzeichen: 32.01.02.01-19 RPÄ – gemäß § 19 Absatz 7 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 430), das zuletzt durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des LPIG NRW vom 11. Februar 2025 (GV. NRW. S. 168) geändert worden ist, angezeigt.

Die Bekanntmachung erfolgt nach § 14 Satz 1 LPIG NRW durch Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen.

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (ROG; BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch das Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 22. März 2023 (BGBl. I Nr. 88) geändert worden ist, wird die Änderung des Regionalplans einschließlich der nach § 10 Absatz 2 Satz 1 ROG erforderlichen Unterlagen auf der Internetseite der Bezirksregierung Düsseldorf als Regionalplanungsbehörde unter [www.url.nrw/Regionalplanung](http://www.url.nrw/Regionalplanung) veröffentlicht. Zusätzlich hält die Regionalplanungsbehörde Düsseldorf die Änderung des Regionalplans nach § 10 Absatz 2 Satz 2 ROG i.V.m. § 14 Satz 3 LPIG NRW zur Einsichtnahme bereit.

Die Änderung des Regionalplans wird gemäß § 10 Absatz 1 Halbsatz 2 ROG mit der Bekanntmachung wirksam. Mit der Bekanntmachung sind die im Regionalplan festgelegten Ziele der Raumordnung nach Maßgabe der §§ 4, 5 ROG zu beachten.

Ich weise darauf hin, dass eine nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ROG beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, nach § 11 Abs. 3 ROG beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie eine nach § 11 Abs. 4 ROG beachtliche Verletzung der Vorschriften über die Umweltprüfung unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Änderung des Regionalplans gegenüber der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind (§ 11 Absatz 5 Satz 1 ROG i.V.m. § 15 Halbsatz 2 LPIG NRW).

Gegen die Änderung des Regionalplans ist ein Antrag im Rahmen des Normenkontrollverfahrens vor dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster statthaft. Der Antrag kann innerhalb eines Jahres gestellt werden.

Düsseldorf, den 15. April 2025

Die Ministerin  
für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag

Dr. Alexandra R e n z - v o n K i n t z e l

– GV. NRW. 2025 S. 421

**Einzelpreis dieser Nummer 4.65 Euro**

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

**Abonnementsbestellungen:** Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 50,- Euro (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 93,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30.4. bzw. 31.10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31.10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

**In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i.S.d. § 14 UStG enthalten.****Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium des Innern NRW, Friedrichstr. 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: Bagel Security-Print GmbH &amp; Co. KG, Grunewaldstraße 59, 41066 Mönchengladbach

ISSN 0177-5359